



Gelsenkirchen

Niederschrift

Nr. der Sitzung								
19	☐	Öffentliche Sitzung	☐	Nichtöffentliche Sitzung	☒	Öffentlicher Teil	☐	Nichtöffentlicher Teil
Wahlperiode 2020 / 2025								
Bezeichnung des Gremiums								
Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West								
Datum	Sitzungsdauer (von – bis)		Sitzungsgebäude, -raum					
29. August 2023	16.03 – 18.42		Gelsenkirchen, Rittersaal Schloss Horst					

Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der nachgehefteten Niederschrift.

Die Sitzungsteilnehmer sind in dem beiliegenden Teilnehmerverzeichnis aufgeführt.

Joachim Gill

Bezirksbürgermeister

Franz-Josef Berghorn

Bezirksverordneter

Carolin Gai

Schriftführerin

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Herr Bezirksbürgermeister Gill alle Anwesenden und verwies auf die allen Bezirksverordneten vorliegende Tagesordnung.

Herr Bezirksbürgermeister Gill schlug vor, die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 gemeinsam zu behandeln.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Herr Grohé wunderte sich, dass die Beantwortung seiner Anfrage zur Neugestaltung des Ilse-Kibgis-Platzes vom 25. April 2023 in dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung verortet sei.

Herr Urban antwortete darauf hin, dass dies die Fachverwaltung entscheide und dabei u. a. auf die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung Rücksicht genommen werde.

Dazu wandte Herr Kranefeld ein, dass die Sitzung dem Transparenzgebot genügen müsse und bei der Beantwortung der Frage keine Personal- oder Vertragsdaten genannt seien. Daher sei es nicht verständlich, dass sich die Mitteilung im nicht öffentlichen Teil befinde.

Herr Grohé gab an, dass er die Diskussion auf sich beruhen lasse.

Sodann ließ Herr Bezirksbürgermeister Gill über die Tagesordnung abstimmen. Der Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

für die 19. Sitzung der Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West
am 29. August 2023

		Drucksache Nr.
1	Bestellung einer Schriftführerin	20-25/4967
2	Bürgerschaftliche Initiativen	
3	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
4	Haushaltsaufstellungsverfahren 2024	
4.1	Entwurf der Haushaltssatzung 2024	20-25/5086
4.2	Entwurf der Auflistung zum investiven Teil des Finanzplans 2024	20-25/5087
5	Offenlegung des Hahnenbachs an der Otto-Hue-Straße	
6	Aufhebung des Haushaltsbeschlusses mit der ID 213 „Boule-Bahn an der Schaffrath- Promenade“ zum Haushalt 2022	20-25/4188
7	Förderung von Stadtbezirksveranstaltungen im Jahr 2023	20-25/4997
8	Bauprogramme des Stadtbezirks Gelsenkirchen-West	
8.1	Hügelstraße von Rosenstraße bis Kärntener Ring	20-25/5095
8.2	Grabbestraße von Industriestraße bis Schloßstraße	20-25/5096
9	Fällung von Straßenbäumen im Stadtbezirk Gelsenkirchen- West	20-25/5101

10	Konzept Quartiersmanagement und Quartiersladen Horst	20-25/5109
11	Mitteilungen und Anfragen	
11.1	Berichte zum Stichtag 30. Juni 2023	
11.1.1	Vorstandsbereich 4	20-25/5023
11.1.2	Vorstandsbereich 6	20-25/5098
11.2	Überschreitung der Wesentlichkeitsgrenze gemäß § 25 Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) in Verbindung mit § 13 Haushaltssatzung der Stadt Gelsenkirchen Erweiterungsanbau des Umkleidegebäudes Auf dem Schollbruch 5 in Gelsenkirchen	20-25/4872
11.3	Ergebnisniederschrift über die Sitzung der Unfallkommission am 25. April 2023	20-25/4939
11.4	Anfrage der Bezirksverordneten Frau Töpfer - Altkleider-Container in Horst -	20-25/4970
11.5	Anfrage der Bezirksverordneten Frau Töpfer - Abfalleimer und Zigarettenabfallbehälter im Bereich der neuen Bänke auf der Essener Straße -	20-25/4974
11.6	Anfrage des Bezirksverordneten Herrn Grohe - Stadtteil- und Begegnungszentren im Bezirk West -	20-25/5047
11.7	Anfrage des Bezirksverordneten Herrn Grohé - Umzug Reiterverein Gelsenkirchen e.V. -	20-25/5067
11.8	Anfrage des Bezirksverordneten Herrn Grohé - Sachstand zur Entwicklung des St. Josef Hospitals/Schwesternhaus -	20-25/5078
11.9	Anfrage des Bezirksverordneten Herrn Garbe - OGS-Räume im Stadtbezirk West -	20-25/5126

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 1

Sitzungsdatum: 29.08.2023
Drucksache Nr.: 20-25/4967

Bestellung einer Schriftführerin

Beschlusstext:

Als Schriftführerin wird Frau Carolin Gai bestellt. Ihre Vertretung bestimmt sich nach der Vertretungsregelung der Abteilung Rat und Bezirksvertretungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Erläuterungen:

./.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 2

Sitzungsdatum: 29.08.2023

Bürgerschaftliche Initiativen

Erläuterungen:

Es lagen keine Eingaben vor.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 3

Sitzungsdatum: 29.08.2023

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Erläuterungen:

Es lagen keine schriftlichen Fragen vor.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 4

Sitzungsdatum: 29.08.2023

Haushaltsaufstellungsverfahren 2024

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 4.1

Sitzungsdatum: 29.08.2023
Drucksache Nr.: 20-25/5086

Entwurf der Haushaltssatzung 2024

Beschlussempfehlung an den Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt die Haushaltssatzung 2024 gemäß der in der Sitzung des Rates der Stadt am 10.08.2023 zur Verfügung gestellten Version des Haushaltsplanentwurfs 2024.

Abstimmungsergebnis:

ohne Abstimmung

Erläuterungen:

Zunächst ergriff Herr Dr. Rainer das Wort. Er erläuterte, dass es im Haushaltsplanentwurf 2024 im Bereich der Bezirkshaushalte aufgrund eines technischen Darstellungsfehlers zu einem nicht korrekten Ausweis der konsumtiven Planwerte 2024 - 2027 gekommen sei. Dies betreffe alle fünf Bezirke, eine Änderung der gesamtstädtischen Haushaltslage ergebe sich dadurch jedoch nicht. Hierzu verteilte er einen Korrekturdruck mit der Bitte um Austausch der angegebenen Seiten. Für die Sitzung der Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West wurde aus Kostengründen nur der Bezirk West ausgedruckt, die übrigen Bezirke seien bereits korrigiert und digital einsehbar. Im Weiteren führte er aus, dass der am 10. August 2023 vom Kämmerer in den Rat der Stadt eingebrachte Haushaltsplanentwurf große Meilensteine beinhalte, allerdings einige Haushaltsgrößen, wie z.B. konkrete Schlüsselzuweisungen, noch unbekannt seien. Gleichwohl sei ein Fehlbetrag i. H. v. 37 Millionen Euro Ergebnis der Schwankungen auf Ertrags- und Aufwandsseite. Ein Haushaltsausgleich und somit auch die Handlungsfähigkeit der Verwaltung seien ungeachtet dessen sichergestellt. Der Fehlbetrag münde nicht in einem Haushaltskonsolidierungsverfahren. Die aktuellen Defizite erholten sich bis ins letzte Planungsjahr 2027 auf ein Plus von 3 Millionen Euro. Die Erträge entrännen der Verwaltung zwar, jedoch müsse die Inanspruchnahme von Reserven zurück gefahren werden, da die Ausgleichsrücklage nicht ausgereizt werden könne. Weiterhin stellte er in Aussicht, dass neue Zahlen seitens des Bundes bereits in der nächsten Sitzung des HFBPD konkretisiert werden könnten. Abschließend informierte er über ein Volumen von 2,5 Millionen Euro für investive Baumaßnahmen im Bezirkshaushalt West und wies auf die Bedeutsamkeit der Haushaltsanfragen und Änderungsanträge als Instrument der Mitwirkung hin.

Herr Bezirksbürgermeister Gill regte an, das Verfahren der vergangenen Jahre, also die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 durchlaufen zu lassen, auch in diesem Jahr wieder durchzuführen.

Herr Kranefeld schlug eine Verfahrensänderung vor. Haushaltsanfragen und Änderungsanträge zum Haushalt könnten zuerst genannt werden und anschließend werde über das Durchlaufen abgestimmt.

Herr Gerlach erwiderte, dass die Reihenfolge unerheblich sei und das Verfahren an sich durch eine Änderung nicht tangiert werde.

Sodann ließ Herr Bezirksbürgermeister Gill über das Durchlaufen sowohl des TOP 4.1 als auch des TOP 4.2 abstimmen.

Den Anträgen wurde einstimmig zugestimmt.

Herr Gerlach stellte im Namen der SPD-Bezirksfraktion folgende Haushaltsanfragen:

Ausbau bzw. Sanierung des Fußweges südlich der Straße „Am Schleusengraben“

Südlich der Straße „Am Schleusengraben“ verläuft zwischen vorhandenem Baumbestand und dem Friedhof Horst Süd ein schmaler holpriger Fußweg. Besteht die Möglichkeit diesen Weg zu einem ordentlichen Gehweg auszubauen?

Sitzbank im Bereich des Hugobahntrassen-Weges

Besteht die Möglichkeit, eine Sitzbank im Bereich des Hugobahntrassen-Weges zwischen der Flurstraße und Horster Straße aufzustellen? Der Weg wird von zahlreichen Senioren genutzt.

Wohnmobilstellplätze an der ehemaligen Galopprennbahn

Im Stadtteil Gelsenkirchen-Horst gibt es großes Interesse an einer Wohnmobilstellfläche. In der Vergangenheit ist als ein idealer Standort mehrfach eine Freifläche an der ehemaligen Galopprennbahn südlich der Johannastraße genannt worden. Die Gründe hierfür sind u.a. eine optimale Erreichbarkeit des ÖPNV sowie die Nähe zum Hallenbad, zum Einzelhandel und zur Gastronomie. Die Verwaltung möge bitte prüfen, ob die oben genannte Fläche zum Wohnmobilstandort ausgebaut werden kann.

Sitzbank an der Schaffrathpromenade

Besteht die Möglichkeit, eine Sitzbank an der Schaffrathpromenade, Nähe Stegemannsweg aufzustellen? Die Schaffrathpromenade ist ein beliebter Spazierweg der Anwohner. Der Wunsch nach einer Bank ergab sich aus einer Bürgerbefragung.

Herr Berghorn stellte im Namen der CDU-Bezirksfraktion folgende Haushaltsanfragen:

Geschwindigkeitsanzeigetafel mit „Smiley-Display“ auf der Nottkampstraße

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche Kosten für die Planung und Einrichtung einer Geschwindigkeitstafel mit Smiley auf der Nottkampstraße in Höhe der Kindertagesstätte entstehen würden.

Begründung: Die Anlieger der Nottkampstraße beklagen das häufig schnellere Durchfahren ihrer Straße. Geschwindigkeitstafeln mit Smileys verstärken positiv das Einhalten der Höchstgeschwindigkeit in Wohngebieten, Tempo-30-Zonen oder im Umfeld von Schulen und Kindertagesstätten.

Einrichtung eines neuen Grabfeldes (Friedhain) auf dem Friedhof Horst-Süd

Die Verwaltung/GELSENDIENSTE wird gebeten zu prüfen, welche Kosten für die Planung und Einrichtung eines neuen Grabfeldes, genannt F r i e d h a i n, auf dem Friedhof Horst-Süd entstehen würden. Eines der frei werdenden Felder, auf dem die 25-jährige Ruhefrist abgelaufen ist, könnte dafür verwendet werden.

Begründung: Diese naturnahe Bestattungsart wird schon auf dem Haupt-West-Ost- und Südfriedhof angeboten und von den Bürgern in den Stadtteilen gut angenommen. Außerdem sollte eine Gleichbehandlung aller städtischen Friedhöfe in Gelsenkirchen Ziel der Friedhofsverwaltung sein.

Herr Kranefeld stellte im Namen der Bezirksfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende Haushaltsanfragen:

Stadterrassen Essener Straße

Wie hoch wären schätzungsweise die Kosten für eine Durchführung der Stadterrassen auf der Essener Straße östlich der Industriestraße auf der Basis der Erfahrungen der Stadterrassen in der Hagenstraße im Jahr 2022 und der Weberstraße im Jahr 2023, inklusive eines zu planenden Rahmenprogramms?

Öffentliche Toiletten im Bezirk West

Wieviel Mittel sind 2024 für die Umsetzung der Pilotphase zur Verbesserung der Versorgung mit öffentlichen Toiletten (gemäß Beschluss für den Haushalt 2023, PG 5405) eingestellt? Welche Maßnahmen sind im Bezirk West vorgesehen?

Abschließend stellte Herr Grohé folgende Haushaltsanfrage:

Beschaffung und Montage von Solarmodulen als festen Sonnenschutz vor den großen Süd-Fenstern des Jugendzentrum Buerer Straße 86

Begründung: Das Fehlen eines außenliegenden Sonnenschutzes lässt regelmäßig die "Sonnenfalle" zuschnappen und macht eine Nutzung der beiden einzigen großen Räume nahezu unmöglich - In diesem Sommer war das nahezu unerträglich! Inzwischen haben sich leicht montierbare Solarmodule (Klick-and-Play-Module) als finanziell nachhaltig lohnender aktiver Beitrag zur Energiewende und damit zum Klimaschutz zu einem regelrechten Boomprodukt entwickelt. Mit entsprechend konstruierten leichten Halterungen lassen sich solche Elemente gut über den Südfenstern montieren und würden neben dem überfälligen Sonnenschutz eben auch noch Strom produzieren, der direkt im JUBS verbraucht werden könnte. Gleichzeitig können sie als praktisches Lernobjekt für die Jugendlichen und andere Gäste des Hauses dienen.

Herr Kranefeld stellte folgenden Änderungsantrag zum Haushalt 2024 im Namen der Bezirksfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Bewerbung und Durchführung der Teilnahme an den Filmschauplätzen NRW 2024

Es soll ein Betrag i. H. v. 20.000 Euro in den Bezirkshaushalt West für die Bewerbung und Durchführung einer Teilnahme bei den Filmschauplätzen NRW 2024 inklusive Rahmenprogramms im Bereich des Schloss Horst (Produktgruppe 2501) eingestellt werden.

Begründung: Die Filmschauplätze NRW sind eine Veranstaltung, bei der Bewerberstädte kostenlos für ein interessiertes Publikum Filme mit Bezug zum Austragungsort und einem entsprechenden Rahmenprogramm vorführen. Der

Schirmherr der Veranstaltung ist der Ministerpräsident des Landes NRW Herr Hendrik Wüst. Dabei werden die Filmvorführungen nicht nur von Menschen aus dem Umfeld des Austragungsortes, sondern auch von einem gezielten Publikum besucht. Die Filmschauplätze am Schloss Horst bieten dabei eine gute Gelegenheit sich als Stadt Gelsenkirchen und als Stadtteil Horst zu präsentieren und ein positives Image zu fördern. In der Sitzung der Bezirksvertretung West vom 21. Februar 2023 hat die Stadtverwaltung sich offen für die Idee der Filmschauplätze am Schloss Horst gezeigt und auf die Kosten für die Durchführung samt Rahmenprogramm verwiesen. Ferner wurde beim letzten Bezirksforum aktuell aus der Bürgerschaft der Wunsch geäußert, dass die Stadtverwaltung sich um die Filmschauplätze NRW am Schloss Horst bemüht. Der Betrag von 20.000 Euro soll deshalb die Gebühren für die Filmvorführung über 1.500 Euro und die möglichen Kosten eines Rahmenprogramms decken. Insbesondere vor dem Hintergrund der Neuverpachtung der Gastronomie im Schloss Horst und der Europameisterschaft 2024 mit dem Austragungsort Gelsenkirchen können die Filmschauplätze NRW im Jahre 2024 einen wichtigen Impuls für den Stadtteil Horst im Speziellen und der Stadt Gelsenkirchen im Allgemeinen geben.

Er beantragte, den Änderungsantrag durchlaufen zu lassen.

Herr Gerlach gab zu Bedenken, dass für die Teilnahme an den Filmschauplätzen NRW 2024 auch Gelder des Bezirksforums vorgesehen seien. Er stelle die Frage nach der Konformität des Änderungsantrages.

Herr Kranefeld führte aus, nach der 17. Sitzung der Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West habe er bereits mit Referat 41 - Kultur - telefoniert und der Betrag für die Teilnahme, 1.500 Euro, decke sich mit dem Betrag, der im Bezirksforum genannt wurde. Allerdings gebe er die Finanzierung eines Rahmenprogramms zu bedenken und die Schätzungen eines solchen beliefen sich auf etwa 20.000 Euro.

Herr Berghorn äußerte sich dahingehend, dass Teilnahme und Rahmenprogramm zwei verschiedene Angelegenheiten seien und sowohl Änderungsantrag als auch Förderung aus dem Bezirksforum parallel laufen könnten.

Herr Kranefeld verdeutlichte, dass er mit dem federführenden Herrn der Freunde des Bahnwärterhäuschens am Tag des Bezirksforums gesprochen habe, sich dieser über das Interesse der Politik freue und sie sich gemeinsam darauf verständigt hätten, beide Vorgänge zeitgleich laufen zu lassen.

Herr Bezirksbürgermeister Gill ließ über den Antrag abstimmen.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt. Es wurde keine Stellungnahme von der Verwaltung gewünscht.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 4.2

Sitzungsdatum: 29.08.2023
Drucksache Nr.: 20-25/5087

Entwurf der Auflistung zum investiven Teil des Finanzplans 2024

Beschlussempfehlung an den Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt die Auflistung

- zum investiven Teil des Finanzplans 2024 der Kernverwaltung
- der Investitionsmaßnahmen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen

gemäß den beigefügten Anlagen.

Abstimmungsergebnis:

ohne Abstimmung

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Punkt 4.1 auf Seite 6 und 7 der Niederschrift.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 5

Sitzungsdatum: 29.08.2023

Offenlegung des Hahnenbachs an der Otto-Hue-Straße

Erläuterungen:

Herr Bezirksbürgermeister Gill berichtete, der Bürger Ulrich Sera habe ihn im Namen der Anwohner der Straße „Querschlag“ angesprochen und einige Bedenken hinsichtlich der Offenlegung des Hahnenbachs an der Otto-Hue-Straße geäußert. Da die Objektplanung von großer Bedeutung für die Anwohner sei, habe er diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt.

Im Zuge dessen beantragte er Rederecht für Herrn Sera. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Zunächst stellte Frau Dr.-Ing. Maaß vom Ingenieurbüro Dr. Pecher AG die Planungen für die Entflechtungsmaßnahme des Hahnenbachs mit einer PowerPoint-Präsentation vor. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

Herr Gerlach bemerkte, dass er aufgrund der extremen Wettersituationen zwar froh über jeden Bach sei, er frage aber zugleich nach technischen oder finanziellen Vorteilen.

Herr Kranefeld äußerte, er stehe dem Projekt sehr positiv gegenüber und sei ebenfalls erfreut über jeden Bach, der noch Wasser führe. Er sehe hier Vorteile für

die Stadt und die Verdunstung des Wassers führe zu einer Kühlung des Mikroklimas. Allerdings gebe er zu bedenken, dass durch die Unterbrechung der Fußwegeverbindung eine Trennung der Siedlung möglich sei. Trittsteine könnten nicht von Senioren, kleinen Kindern oder Hundehaltern genutzt werden. Er rege an, eine barrierefreie Lösung anzustreben. Des Weiteren frage er, ob die Planung ein Grund für die Aufschiebung der Sanierung der Otto-Hue-Straße sei und wann mit der Sanierung begonnen werde.

Herr Grohé teilte mit, er gehe jeden Tag am Hahnenbach auf Gladbecker Seite spazieren. Dort führe der Hahnenbach nur eine Handbreit Wasser und wuchere zu. Er bitte zu bedenken, dass entsprechende Pflegemaßnahmen geplant würden.

Herr Berghorn zeigte sich der Maßnahme gegenüber ebenfalls positiv gestimmt. Er bekräftige jedoch die Relevanz entsprechender Pflege- und Reinigungsmaßnahmen. Im Übrigen hinterfrage er, welche Auswirkungen Hochwasser in der Boye habe. Der Hahnenbach, der ein geringeres Gefälle aufweise, münde in die Boye, die ohnehin einen höheren Wasserstand habe.

Herr Sera betonte, entscheidender Punkt sei die Topographie, da die Straße „Querschlag“ einen halben Meter tiefer als der geplante Hahnenbach liege und Wasser nicht aufwärts fließe. Die Anwohner seien in großer Aufruhr. Der bereits offen gelegte Hahnenbach sei vermüllt. Dies schüre die Angst vor Vermüllung durch Schnittgut und Abfälle, zumal bereits in der Vergangenheit diese Problematik an dem angrenzenden Parkplatz vorhanden gewesen sei. Er mache zudem auf spielende Kinder in dem Bereich aufmerksam, für die ein offenes Gewässer Gefahrenpotential biete.

Frau Dr.-Ing. Maaß entgegnete, der Einwand bezüglich der Trittsteine sei verständlich. Der Hahnenbach sei auf 120 m geplant, eine Querung könne noch östlich und westlich der Wegekreuzung möglich sein. Zur geplanten Sanierung der Otto-Hue-Straße führe sie aus, dass dies im Anschluss an die Entflechtung des Hahnenbachs in Fließrichtung erfolge, dies sei bereits mit Referat 69 – Verkehr – abgestimmt. Die technischen Vorteile der Entflechtung entfalteten sich bei den herrschenden Wetterextremen, da es zu einer Verbesserung der klimatischen Situation einerseits komme und andererseits auch Starkregen durch die Sickerungssituation durch Versickerungsmulden sowie die Leistung von 80 l/s des Pumpwerks Veilchenstraße vorteilhaft bedacht werde.

Sie bekräftige die Bedeutsamkeit von Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen von Gewässersystemen.

Hinsichtlich der Bedenken durch die Kombination mit der Boye seien diese schwierig zu beurteilen, da der Einlauf auf Gladbecker Gebiet durch die Entflechtungsmaßnahme an der Otto-Hue-Straße nicht verändert werde.

Herr Unterbäumer ergänzte, dass das Ziel eine Schwammstadt sei und aufgrund dessen jeder Bach benötigt werde. Das Volumen zur Aufnahme von Regenwasser sei bei offenen Gewässern größer als das einer Verrohrung, was die Alternative zum Hahnenbach gewesen wäre. Im Übrigen seien auch die gesetzlichen Vorgaben, wie die EU-Wasserrahmenrichtlinie, zu beachten. Es sei sinnvoll für die

Verdunstungskühlung, Gewässer an die Oberfläche zu holen. Der Hahnenbach sei ein Emscherbau im Kleinforma. Er wolle zum Hinweis des Gefahrenpotentials für Kinder nicht unerwähnt lassen, dass die Neigung im Hahnenbach ein Verhältnis von 1:3 aufweise und Kinder bei diesem Gefälle alleine hinein sowie hinaus kämen. Die Wasserhöhe von 20 - 30 cm stelle gleichermaßen keine Gefahr dar. Die Gründe der Verzögerung der Entflechtungsmaßnahme und damit einhergehend der Sanierung der Otto-Hue-Straße lägen bei den Genehmigungsbedingungen, die verfahrenstechnisch umfangreicher seien als bei bloßen Kanalbauten.

Herr Grohé warf die Frage auf, warum es im Hahnenbach, auch im Hinblick auf das allgemeine Hochwasser der Boye, nicht zu Überschwemmungen kommen könne, die die Anwohner der Straße „Querschlag“ tangierten.

Herr Unterbäumer antwortete auf den Verweis der Straße, dass sich Wasser jederzeit am Tiefpunkt sammle, unabhängig von der Entflechtungsmaßnahme. Diese könne im Gegenteil sogar zu einer Verbesserung der Situation beitragen. Grundlegend werde sich an einer Überschwemmungsgefahr tiefer liegender Örtlichkeiten jedoch nichts ändern.

Herr Bezirksbürgermeister Gill bat um Information, wie es mit der Maßnahme weitergehe.

Frau Dr.-Ing. Maaß berichtete, die Objektplanung werde zunächst bei der Unteren Wasserbehörde eingereicht und dann folgten weitere Schritte.

Herr Unterbäumer fügte hinzu, die Maßnahme sei Teil des Abwasserbeseitigungskonzepts der Stadt Gelsenkirchen und die Bezirksvertretung werde lediglich in Kenntnis gesetzt, da sie nicht entscheidungsberechtigt sei.

Herr Grohé sprach sich für die Maßnahme aus und empfinde sie als sinnvoll für das Mikroklima.

Herr Obernier wollte ergänzend wissen, von wie vielen Häusern im „Querschlag“ die Rede sei und er mache auf den zuletzt vom Starkregen schwer getroffenen Gelsenkirchener Süden, insbesondere den Bereich des Trinenkamps, aufmerksam.

Herr Gerlach konkretisierte, ob auszuschließen sei, dass Anwohner bei Hochwassersituationen zu Schaden kämen.

Dazu wandte Herr Kranefeld ein, die Fragestellung sei falsch. Die Fragestellung solle lauten, ob die Anwohner durch die Maßnahme mehr geschädigt würden. Die Häuser der Anwohner lägen ohnehin in einer Senke. Die Entflechtung des Hahnenbachs solle gerade eine Entzerrung der Gefährdungssituation, bedingt durch die tiefe Lage, darstellen.

Herr Berghorn betonte, es solle bedacht werden, wo das Hochwasser überhaupt herkomme. Wenn der Hahnenbach wie präsentiert gestaltet werde, könne die

Maßnahme nur Vorteile bieten. Das Wasser könne links und rechts abfließen. Etwaige Problematiken sollten nicht überdimensioniert werden.

Frau Dr.-Ing. Maaß konstatierte, Hochwassersituationen aus anderen Orten seien nicht vergleichbar. Der Abfluss des Wassers reguliere sich durch das Pumpwerk, das unabhängig von Regen seine Leistung erbringe. Der Hahnenbach tangiere die Straße „Querschlag“ nicht. Ein Überlauf der Boye fließe in das Abwasser zurück. Auch heute gebe es bereits Rückstauungen. An der Situation im Allgemeinen werde sich dadurch nichts ändern.

Herr Grohé fügte hinzu, dass in der Boye bei Regen noch ausreichend Platz bis zum Überlauf wäre. Einen Rückstau von der Boye zurück bis zum Hahnenbach halte er für ausgeschlossen.

Herr Bezirksbürgermeister Gill resümierte, dass die Offenlegung des Hahnenbachs nicht zur Abstimmung stehe und sich die Bezirksvertretung auf diesem Weg über die Maßnahme informiert habe. Die meisten Bezirksverordneten ständen dem Projekt positiv gegenüber und es solle den Experten vertraut werden, die sich mit den Einzelheiten beschäftigt hätten.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 6

Sitzungsdatum: 29.08.2023
Drucksache Nr.: 20-25/4188

Aufhebung des Haushaltsbeschlusses mit der ID 213 „Boule-Bahn an der Schaffrath-Promenade“ zum Haushalt 2022

Beschlusstext:

Die Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West beschließt, den Auftrag, entlang der Schaffrath-Promenade einen geeigneten Platz auszuweisen, an dem eine Boule-Bahn errichtet werden kann, aufzuheben. (Drucksachennummer 20-25/2303, ID 213)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Erläuterungen:

Herr Dr. Holzmann führte aus, dass für die Schaffung einer Boule-Bahn an der Schaffrath-Promenade sowohl die passende Örtlichkeit nicht vorhanden als auch der Ansatz von 8.000 Euro deutlich zu gering sei.

Herr Gerlach bestätigte die Ausführungen von Herrn Dr. Holzmann und er erinnere an die Bemühungen um finanzielle Unterstützung bei der BP seitens des Herrn Garbe. Allerdings sei dies nicht erfolgreich gewesen.

Herr Kranefeld bat um Einschätzung, ob die Örtlichkeit für einen entzerrten Trimm-dich-Pfad geeignet sei.

Herr Dr. Holzmann versicherte, ein Trimm-dich-Pfad in begrenztem Rahmen sei möglich, wenn entsprechende finanzielle Mittel beantragt würden. Er gebe zu bedenken, dass die Geräte teurer als erwartet seien.

Herr Berghorn warf ein, hier gehe es um die Aufhebung des Haushaltsbeschlusses. Erstens sei der Ort unpassend, zweitens reichten die finanziellen Mittel nicht aus. Es müsse an dieser Stelle nicht über etwaige Trimm-dich-Pfade debattiert werden.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 7

Sitzungsdatum: 29.08.2023
Drucksache Nr.: 20-25/4997

Förderung von Stadtbezirksveranstaltungen im Jahr 2023

Beschlusstext:

Die „Kulturelle Arbeitsgemeinschaft der Vereine des Stadtbezirkes Gelsenkirchen-West“ wird für die Durchführung von Stadtbezirksveranstaltungen im Jahr 2023 mit einem Betrag in Höhe von 2.500,00 Euro unterstützt.

Ein Verwendungsnachweis ist bis zum 30. April 2024 einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Erläuterungen:

Herr Berghorn vergewisserte sich, ob alle Vereine und Verbände bezugsberechtigt seien.

Herr Bezirksbürgermeister Gill bekräftigte, alle Mitglieder der „Kulturellen Arbeitsgemeinschaft der Vereine des Stadtbezirks Gelsenkirchen-West“ seien bezugsberechtigt.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 8

Sitzungsdatum: 29.08.2023

Bauprogramme des Stadtbezirks Gelsenkirchen-West

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 8.1

Sitzungsdatum: 29.08.2023
Drucksache Nr.: 20-25/5095

Hügelstraße von Rosenstraße bis Kärntener Ring

Beschlusstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Straßenbaumaßnahme Hängelstraße – Sanierung von Rosenstraße bis Kärntener Ring -, wie in der Problembeschreibung dargestellt, durchzuführen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung und der öffentlichen Bekanntgabe der Haushaltssatzung 2024.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung des Herrn Bezirksverordneten Manfred Obernyer (AfD)

Erläuterungen:

Frau Böhle erläuterte die Sanierungsmaßnahme an der Hängelstraße gemäß der Vorlage.

Herr Berghorn erkundigte sich, welche exakte Maßnahme an den Gehwegen vorgesehen sei und ob dort der Asphalt nur abgetragen und neu belegt werde.

Frau Böhle erwiderte, es sei ein Vollausbau geplant, der auch die Aufnahme der Schottertragschichten beinhalte und nicht nur die Erneuerung der Deckschicht. Dies alleine reiche nicht mehr aus, daher sei die Baumaßnahme als beitragspflichtig nach dem Kommunalabgabengesetz NRW (KAG) zu werten.

Herr Obernyer hinterfragte die Verlässlichkeit der Landesförderung, um die Anwohner nicht mit der prozentualen Beteiligung an den Kosten zu belasten. Diese wüssten nicht, was finanziell auf sie zukäme. Er gebe zu bedenken, dass manche Anwohner die Beteiligung eventuell nicht finanzieren könnten und ggf. ihr Haus deswegen verkaufen müssten.

Frau Böhle gab an, dass sie nach Rücksprache mit der zuständigen Abteilung mitteilen könne, die Beantragung der Förderung sei erst nach Abschluss der Maßnahme möglich. Bisher sei keine Förderung abgelehnt worden, jedoch sei ungewiss, wie viel Geld noch zur Verfügung stehe.

Daraufhin gab Herr Gerlach bekannt, er habe sich mit dem Fördertopf des Landes beschäftigt. Anfangs hätten 65 Millionen Euro zur Verfügung gestanden. Dazu bestätige er das Vorgehen, dass eine Förderung erst nach Abschluss der Maßnahme ermögliche. Allerdings sei auch eine Konstellation denkbar, in der eine Stadt eine Förderung bekomme, die Förderung dann aufgebraucht sei und die nachfolgende Stadt nichts bekomme. Dies sei eine unzumutbare Ungleichbehandlung. Er betone die Sinnhaftigkeit der Abschaffung der Straßenbeteiligungsgelder. Frau Scharrenbach wolle den Gesetzesentwurf für die Abschaffung der KAG-Beiträge einbringen und er hoffe, dass dies nicht mehr lange dauere.

Herr Berghorn vernahm, die Fördergelder 2024 würden im Voraus von der Stadtverwaltung gezahlt und anschließend der Antrag an das Land seitens der Stadt

gestellt werden. Zusätzlich frage er, was sich hinter der Position „Zuschüsse Dritter“ verberge.

Frau Böhle stellte klar, dass sie zu den Fördergeldern 2024 und den Zuschüssen Dritter nichts sagen könne, da sie aus der technischen Abteilung komme. Dafür sei die Verwaltungsabteilung des Referats Verkehr verantwortlich. Ebenso sei die Abschaffung der KAG-Beiträge ungewiss.

Frau Husmann fragte zu der in der Vorlage genannten Prüfung der Barrierefreiheit, welche konkreten Pläne es hierzu gebe und ob diese Maßnahme separat gefördert werde.

Frau Böhle wies zunächst darauf hin, dass zur Barrierefreiheit ein besonderes Pflaster sowie taktile Leitsysteme oder Bordsteinabsenkungen gehören könnten. Welche Maßnahmen umgesetzt würden, werde im Einzelfall geprüft. Die Kosten hierfür seien in den Kostenschätzungen bereits enthalten und riefen keine besondere Förderung hervor.

Frau Jansen trug einige Bedenken der Anwohner aus dem Beteiligungsverfahren vor, die der Vorlage beigelegt sind.

Herr Obernyer bemängelte, die Gesellschaft müsse für derartige Kosten aufkommen, nicht die Anwohner. Dies sei ein grundlegendes Gesellschaftsproblem.

Herr Gerlach habe die Bedenken ebenfalls gelesen, die Anwohner würden aber auch auf anderen Straßen fahren, an deren Sanierung sich dann die jeweiligen Anwohner beteiligen müssten. Die Stadt müsse ihre Verkehrssicherungspflicht erfüllen.

Herr Berghorn wies darauf hin, dass es gesetzliche Bestimmungen gebe, die eben eingehalten werden müssten. Er frage sich, ob die Straße so beschädigt sei, dass eine Asphaltdeckenerneuerung nicht ausreiche. Wenn dies nicht der Fall sei, sei die Sanierung unumgänglich.

Herr Kranefeld äußerte, die Maßnahme an sich sei unstrittig. Unzufriedenheit gebe es auch, wenn die Straße nicht erneuert werde. Bei dem Beteiligungsverfahren sei mehrfach die Frage aufgekommen, ob die Straße nutzende Betriebe mit beteiligt werden könnten. Darauf habe die Verwaltung geantwortet, dass die Betriebe Steuern zahlen würden und dies damit abgegolten sei. Er weise auf das Vorhandensein entsprechender Gesetze hin, daher müsse die Maßnahme durchgeführt werden.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 8.2

**Sitzungsdatum: 29.08.2023
Drucksache Nr.: 20-25/5096**

Grabbestraße von Industriestraße bis Schloßstraße

Beschlusstext:

Die Verwaltung wird beauftrag, die Straßenbaumaßnahme Grabbestraße – Sanierung von Industriestraße bis Schloßstraße -, wie in der Problembeschreibung dargestellt, durchzuführen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung und der öffentlichen Bekanntgabe der Haushaltssatzung 2024.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung des Herrn Bezirksverordneten Manfred Obernyer (AfD)

Erläuterungen:

./.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 9

Sitzungsdatum: 29.08.2023
Drucksache Nr.: 20-25/5101

Fällung von Straßenbäumen im Stadtbezirk Gelsenkirchen- West

Beschlusstext:

Die Bezirksvertretung stimmt den in der Problembeschreibung/Begründung unterbreiteten Vorschlägen zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Erläuterungen:

Frau Husmann informierte sich darüber, ob eine Nachmeldung von Bäumen möglich sei.

Herr Dr. Holzmann respondierte, ein beschädigter Baum könne ihm per E-Mail oder über die GEmeldet-App angezeigt werden.

Herr Grohé warf die Frage nach der Angemessenheit der Zitterpappel als Nachpflanzung auf, in Anbetracht der Klimaentwicklung und der Verdichtungssituation.

Herr Dr. Holzmann führte dazu aus, dass sich bei der Auswahl der Nachpflanzungsbäume grundsätzlich an den Standorten orientiert werde. Berücksichtigt würden beispielsweise enge Straßen mit viel Verdichtung durch Asphalt oder anderen Boden und auch Lichtverhältnisse. Für jeden Standort werde dann der passende Baum ausgewählt. Die Pappel im konkreten Fall könne dichte Untergründe durchdringen. Es gebe eine Liste von klimaresistenten Bäumen, zu der auch die Zitterpappel gehöre. Im Übrigen würden abteilungsintern Bäume ausprobiert und deren Entwicklung dokumentiert, so dass von Erfahrungswerten

profitiert werden könne. Mit der Zitterpappel würden bisher gute Erfahrungen gesammelt.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 10

Sitzungsdatum: 29.08.2023
Drucksache Nr.: 20-25/5109

Konzept Quartiersmanagement und Quartiersladen Horst

Beschlusstext:

Vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes 2024 wird die Verwaltung mit der Umsetzung des Konzepts für ein Quartiersmanagement in Horst beauftragt. Die notwendigen Mittel werden in den Haushalt 2024 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Erläuterungen:

Herr Kranefeld lobte die Entwicklungstendenz der Planung des Quartierskonzeptes. Er finde es erbaulich, dass diese Summe investiert und der Bedarf für Horst erkannt werde. Auf die sehr lebendige Ehrenamtstätigkeit möchte er explizit aufmerksam machen und den Bedarf an Unterstützung, damit sie auch lebendig bleibe.

Herr Gerlach zeigte sich außerordentlich erfreut über die Vorlage und halte dies für einen weiteren Mosaikstein zur Verbesserung des Stadtteils. Frau Henze habe damals schon in Aussicht gestellt, sich für Horst zu engagieren und diverse Akteure zusammen bringen zu wollen. Er halte den Standort der ehemaligen Stadtbücherei auf der Markenstraße als Quartiersladen für ideal, um mehrere Akteure zusammen unterbringen zu können.

Herr Berghorn schloss sich seinen Vorrednern vollumfänglich an. Er betone, in Horst gebe es viele Gruppierungen, die sich gefunden und bemerkt hätten, es müsse etwas getan werden, sonst könne eine negative Entwicklung des Stadtteils nicht aufgehalten werden. Diese Gruppierungen leisteten gute Arbeit, jedoch könnten in einem Quartiersladen diese Kräfte gebündelt werden, um weitere Maßnahmen zu treffen. Die Einstellungskriterien für die gesuchte Personalie halte er hingegen für etwas überdimensioniert. Es werde eine Person gebraucht, die „anpacken“ könne und alle Gruppierungen zusammen bringe.

Herr Grohé erwähnte, dass ihn die Entwicklung ebenfalls gefreut habe. Ein Koordinator bringe die Akteure zusammen und Sorge für eine Verknüpfung mit anderen Institutionen wie der Werbegemeinschaft. Er halte die ehemalige Stadtbibliothek für einen optimalen Treffpunkt, habe aber gehört, dass der Eigentümer auf Anfragen nicht reagiert habe. Weiterhin bitte er um Auskunft, ob es sich bei dem Ansatz von 121.000 Euro hauptsächlich um Personalkosten handle und ob es bereits einen Quartierskoordinator gebe. Er rege zudem ein Soziogramm mit aktuellen Zahlen an.

Herr Kranefeld empfand den Standort der ehemaligen Stadtteilbibliothek als potentiellen Quartiersladen als notwendig für Horst. Zur Stärkung der Stadtteilzentren solle der KOD mit eingeschlossen werden. Je mehr Akteure im Standort verortet würden, desto mehr Frequentierung und Strahlkraft berge dies, was für Horst-Süd erforderlich sei.

Herr Satir begrüßte das Konzept gleichermaßen und er halte dies für eine Aufwertung des Stadtteils. Er wünsche sich dies ebenso für Beckhausen und Schaffrath. Er frage sich, ob das Einstellen einer zusätzlichen Kraft möglich sei.

Frau Henze freute sich über die Resonanz der Bezirksverordneten. Sie sei erfreut, die Sozialplanung in einer Stadt, die es nicht einfach habe, weiterzuführen. Der Standort Horst habe in zeitlicher Konkurrenz zu anderen Standorten gestanden. Der Ansatz von 121.000 Euro sei vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung und schlüsse sich in Personalkosten sowie die vollständigen Sachkosten inklusive Miete, Reinigungskosten, Projektkosten etc. auf. In der Geeignetheit der Standortfrage seien sich alle einig, ebenso wie im Gesamtkonzept. Allerdings sei die Zeitschiene fraglich. Wahrscheinlich müsse zunächst in einem Übergangsobjekt begonnen werden. Es folge nun eine Ausschreibung, in der ein Träger für das Quartiersmanagement gesucht und mit dem auch über einen Übergangsort gesprochen werde.

Herr Grohé wollte ergänzend wissen, ob der Ansatz von 121.000 Euro pro Jahr gelte, da in der Vorlage von 3,5 Jahren die Rede sei.

Frau Henze erwiderte, dass die 121.000 Euro für 2024 geplant seien und es jährlich für den Haushalt weiter beantragt werde.

Dazu stellte Herr Kranefeld eine Frage zur zeitlichen Begrenztheit des Projekts. Er wolle wissen, ob nach Ablauf der 3,5 Jahre ein Fazit gezogen und dann entschieden werde, ob das Quartiersmanagement fortgeführt werde.

Frau Henze entgegnete, der Ansatz solle grundsätzlich von Dauer sein. Es werde eine Evaluation geben müssen, in der festgestellt werde, ob und in welcher Intensität die Maßnahme effektiv gewesen sei.

Frau Husmann fügte hinzu, die Quartiersprojektarbeit sei ein enormer Arbeitsaufwand. Sie kümmere sich aktuell um diese Art von Arbeit, wisse jedoch nicht, wie lange sie es noch machen könne. Es werde im Quartiersladen eine hauptamtliche Person benötigt, die großrahmig Öffnungszeiten abdecke, damit dieser als Treffpunkt diene. Die Arbeit umfasse einen großen Aufwand, wie z.B. Monatspläne zu schreiben und die 15 ehrenamtlich Tätigen müssten gebündelt werden. Weiterhin mache sie auf die Notwendigkeit einer Vertretung aufmerksam.

Frau Henze stimmte zu, dass die Quartiers- und Sozialarbeit auf mehreren Schultern lasten solle. Mit ihren Sozialplanern führe sie auch ein Sozial-Monitoring durch.

Mitteilungen und Anfragen

Die Mitteilungen 11.1 bis 11.9 wurden zur Kenntnis genommen.

Folgende Anfragen wurden gestellt:

1. Parksituation Drosteweg 2 und 4

Herr Obernher berichtete, dass sich ein Anwohner an ihn gewandt habe und folgenden Sachverhalt schilderte: Gegenüber den Mehrfamilienhäusern Drosteweg 2 und 4 befindet sich die Grundschule „Nordsternschule“, welche augenscheinlich größtenteils durch Kinder mit Migrationshintergrund besucht werde. Lautstarke zwischenmenschliche Konflikte seien regelmäßig vor und nach dem Schulunterricht zwischen den Angehörigen der Schulkinder durch kreuz und quer auf Bürgersteig und Straße stehende PKWs zu beobachten, so dass ein Durchfahren des Drostewegs in dieser Zeitspanne für übrige unbeteiligte Verkehrsteilnehmer unmöglich sei. Die von der Stadt nach Anwohnerbeschwerde installierten, jedoch von den Angehörigen der Schulkinder fortwährend ignorierten, „Absolutes Halteverbot“-Schilder vor den Häusern Drosteweg 2 und 4, beeinträchtigen bzw. „bestrafen“ durch das generelle Parkverbot zwischen 7:00 Uhr und 18:00 Uhr ausschließlich die Anwohner, zumal das zeitlich nur punktuelle Verkehrschaos (max. bis zu 2 Stunden täglich) nicht von den Anwohnern verursacht werde.

Er bitte daher die Verwaltung um Auskunft zu folgenden Fragen:

1. Ist die Ausstellung eines Anlieger-Parkausweises sowie eine entsprechende Beschilderung an der beschriebenen Örtlichkeit möglich?
 - a. Falls ja, bis wann ist seitens der Stadtverwaltung die Umsetzung geplant?
 - b. Falls nein, warum nicht? Bitte detailliert begründen.
 - c. Was unterscheidet diesen Fall ggf. von anderen Fällen, in denen eine Anlieger-Parkerlaubnis besteht?
2. Was unternimmt die Stadt in Anbetracht der beschriebenen Problemlage bislang konkret, um das mit den „Absolutes Halteverbot“-Schildern verbundene Straßenverkehrs-/Ordnungsrecht durchzusetzen?
3. Wie oft und für welche Zeiträume mit welchem Personalaufwand – Ordnungsdienst und, soweit bekannt, Polizei – wurde von Seiten der Stadt versucht, vor Ort bzw. durch Bescheide das Straßenverkehrs-/Ordnungsrecht durchzusetzen?

2. Rückschnitt von Hecken im Bereich Wildroßstraße in Schaffrath

Frau Husmann beklagte, an der Wildroßstraße, zwischen der Einmündung Fohlenstraße und Rappenstraße, wachsen die Hecken von den Privatgrundstücken sehr weit in den Gehweg. Sie bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Besitzer/ Eigentümer gegebenenfalls zum Rückschnitt aufgefordert werden können.

3. Verbindungsweg zwischen Stegemannsweg und Gecksheide

Frau Husmann berichtete, der Verbindungsweg zwischen Stegemannsweg und Gecksheide weise an einigen Stellen eine starke Beschädigung der Asphaltdecke auf. In den Löchern sammle sich das Regenwasser und im Winter bilde sich eine Eisdecke, die zur Unfallgefahr beitrage. Weiterhin werde von den Nutzern bemängelt, dass die dort installierten Abfallbehälter regelmäßig überquellen. Sie bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der Gehweg ausgebessert und die Abfallbehälter öfter geleert werden können.

4. Umgestaltung Ilse-Kibgis-Platz

Herr Grohé zeigte sich durch die Antwort auf seine Anfrage vom 25. April 2023 zuversichtlich gestimmt, zugleich ergaben sich infolgedessen neue Fragen, um deren Beantwortung er bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung West bitte, um ggf. noch Änderungsanträge zum Haushalt 2024 stellen zu können.

1. Welche finanziellen Mittel aus dem Projekt „Prima. Klima. Ruhrmetropole.“ stehen zur Verfügung?
2. Es fand ein interner Workshop mit Vertretern verschiedener Referate zwecks Zieldefinition statt. Wie sieht die referatsübergreifend definierte Zielstellung für den Ilse-Kibgis-Platz aus? Warum wurden Vertreter der Bezirksvertretung nicht in diese Gruppe einbezogen?
3. Für die Erarbeitung einer Planskizze wurde eigens eine referatsübergreifende Projektgruppe eingerichtet. Warum wurden Vertreter der Bezirksvertretung nicht in diese Gruppe einbezogen?
4. Wann werden die Ergebnisse der bisherigen Aktivitäten der Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West und der Horster Öffentlichkeit vorgestellt?
5. Sind bei den in 2024 noch zu planenden „vielen Öffentlichkeitsarbeitsaktionen“ eher abstrakte Infos über Flyer oder andere Medien angedacht oder wird es auch Formate einer direkten (analogen) Mitwirkung von Bezirksvertretung und engagierter Öffentlichkeit in Form einer Planwerkstatt geben?

**Anwesenheitsliste für die Niederschrift der 19. Sitzung der
Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West
am 29. August 2023**

Beginn: 16.03 Uhr

Ende: 18.42 Uhr

Lfd. Nr.	Name, Vorname	An- wesend (x)	Abweichende Anwesenheit	
			Beginn TOP / Uhrzeit	Ende TOP / Uhrzeit
1	Herr Franz-Josef Berghorn (CDU)	x		10/18.25
2	Herr Nurettin Ertürk (WIN)	e		
3	Herr Thorsten Garbe (FDP)	e		
4	Herr Udo Gerlach (SPD)	x		
5	Herr Joachim Gill (SPD)	x		
6	Herr Tomas Grohé (DIE LINKE)	x		
7	Herr Mustafa Güngör (SPD)	x		
8	Frau Ingrid Husmann (SPD)	x		
9	Frau Elisabeth Jansen (CDU)	x		
10	Frau Waltraud Josten (SPD)			
11	Herr Mirco Kranefeld (B 90/DIE GRÜNEN)	x		
12	Herr Manfred Obernyer (AfD)	x		
13	Herr Thorsten Pfeil (parteilos))	e		
14	Herr Taner Cengiz Satir (CDU)	x		
15	Herr Walter Schmidt (SPD)	e		
16	Frau Helga Töpfer (SPD)	x		
17	Frau Judith Zimmermann (B 90/DIE GRÜNEN)			

Von der Verwaltung

	Frau Andrea Henze, V 5	x		
	Herr Dr. Sebastian Rainer, 20	x		
	Herr Thomas Hackmann, VB 5 SKF	x		
	Frau Petra Böhle, 69	x		
	Herr Darut Uslu, 69	x		
	Herr Dr. Matthias Holzmann, GD	x		
	Herr Tobias Unterbäumer, GK	x		
	Frau Carolin Gai, 2 - Schriftführerin -	x		
	Frau Daniela Hartleib, 2	x		
	Herr Lukas Urban, 2	x		

Gäste				
	Herr Ulrich Sera	X		
	Frau Dr.-Ing. Anna-Lisa Maaß Ingenieurbüro Dr.Pecher AG	X		
	Herr Dr.-Ing. Holger Hoppe Ingenieurbüro Dr.Pecher AG	X		

Rat der Stadt				
	Herr Werner-Klaus Jansen	X	8.1/17.35	

Anlage 1

zu TOP 5

Offenlegung des Hahnenbachs
an der Otto-Hue-Straße

Präsentation
des Ingenieurbüros Dr. Pecher AG
Frau Dr.-Ing. Maaß und
Herr Dr.-Ing. Hoppe

